

# Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Aquinostr. 7-11  
50670 Köln  
Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30  
Telefax 0221 / 972 69-31

[info@grundrechtekomitee.de](mailto:info@grundrechtekomitee.de)  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

## Arbeitsbericht

### für die Jahre 2008 / 2009

Vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 28.11.2009 in Frankfurt

## Einführung

Zur Mitgliederversammlung, die alle zwei Jahre stattfindet, berichten wir über die wichtigsten Aktivitäten des Grundrechtekomitees in den verschiedenen Themenbereichen. Wir wollen einen zusammenfassenden Überblick über die politisch relevanten Tätigkeiten geben und damit zur Reflexion anregen, um über weiterführende Perspektiven diskutieren zu können.

Unsere Arbeit ist seit langem von finanziellen Einbußen und leichtem Schwund bei der Zahl der Fördermitglieder gekennzeichnet. So war die Arbeit des Vorstands auch von Fragen nach Möglichkeiten der besseren Verbreitung unserer inhaltlichen Positionen, nach Verbesserung der Einnahmen und möglichen Verringerungen der Ausgaben geprägt. Eines war jedoch immer klar und hat sich auch bewährt, eine Einschränkung unserer politischen Arbeit darf es nicht geben. Der Finanzbericht wird einschließlich des Revisionsberichtes eigens vorgelegt werden. Das Komitee ist in jedem Fall auf die Solidarität der SpenderInnen und Fördermitglieder dringend angewiesen, um die politische menschenrechtliche Arbeit in vollem Umfang auch in Zukunft fortsetzen zu können.

Personell arbeitet das Komitee weiterhin kontinuierlich mit drei Sekretariatsstellen, die mit Martin Singe, Elke Steven und Dirk Vogelskamp besetzt sind.

Die politische Arbeit des Komitees wurde in unseren regelmäßig tagenden Ausschussgremien, dem Geschäftsführenden Vorstand (Heiner Busch und Theo Christiansen), dem Vorstand und dem Arbeitsausschuss sowie den verschiedenen Arbeitsgruppen beraten, koordiniert und auf den Weg der Umsetzung gebracht.

2009 haben wir entschieden, die Erstellung des Jahrbuchs (siehe unten) einzustellen und unser Hauptaugenmerk auf unsere aktuellen thematischen Broschüren und Bücher im Eigenverlag zu legen. Diese erreichen entsprechend ihren Themenstellungen neue Interessentenkreise und stoßen auf große Beachtung, wie z.B. der Bericht über unsere Demonstrationsbeobachtung beim G8-Gipfel in Heiligendamm und die Broschüre zur Jahrestagung 2008 zum Strafvollzug.

Gemeinsam mit acht weiteren Bürgerrechtsorganisationen geben wir jährlich den Grundrechte-Report im Fischer-Verlag heraus. Elke Steven ist Mitherausgeberin für das Grundrechtekomitee und arbeitet in der Redaktion.

## Homepage und Design

Entsprechend den sich verändernden Kommunikations- und Informationsgewohnheiten war ein Relaunch (eine Neugestaltung) unserer Internetseite dringend geboten. Im Jahr 2009 haben wir gemeinsam mit Irmgard Sahler und Manfred Baiertl, die bereits unsere letzte Homepage entwickelt hatten, den Internetauftritt den neuen Seh- und Suchgewohnheiten angepasst. Die neue Seite ist gut strukturiert und grafisch schön gestaltet, so dass sie unsere vielfältigen menschenrechtlich-demokratischen Inhalte einem größeren Kreis von Interessierten zugänglich macht. Dieser neue Internetauftritt findet viel positive Resonanz und zustimmenden Gebrauch der neuen Möglichkeiten. Erfreulicherweise fanden neue Interessenten auf diesem Weg zu uns und wird des öfteren der Wunsch geäußert, in unseren Email-Verteiler aufgenommen zu werden.

Zugleich haben wir damit begonnen, mit Hilfe eines Grafikers für unsere Broschüren und Veröffentlichungen ein neues und einheitliches Design zu entwerfen. Dies wird in den kommenden Jahren stärker sichtbar und hoffentlich ansprechend wirksam werden.

## Jahrbücher des Grundrechtekomitees

Seit der Jahrbuchausgabe 2007 (Menschenrechte und Völkerrecht) wird das Jahrbuch im Verlag Westfälisches Dampfboot herausgegeben und vertrieben. Im Frühjahr 2008 gab die Jahrbuchredaktion den Band „Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie“ heraus. Darin werden die Schwierigkeiten umrissen, in den weltweiten rasanten Umbrüchen menschenrechtliche Orientierungen zu finden, von denen aus Menschen ihr Handeln begründen könnten. Der radikale, auf den Menschen in seiner jeweils sozialen und materiellen Bedingtheit zielende komiteeliche Menschenrechtsansatz versteht Menschenrechte und Demokratie als Einheit sozialer Selbstbestimmung. Von dieser menschenrechtlichen Demokratie kann selbstredend – davon handeln die Jahrbuchaufsätze – weltweit angesichts kapitalistischer dissozierender Durchdringung und Unterwerfung nicht die Rede sein. Im Jahr 2009 stand im Mittelpunkt der Jahrbuchherausgabe die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik (Jenseits der Menschenrechte). Die Beiträge kreisen alle um den menschenrechtswidrigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten in und vor den mörderisch gesicherten Toren Europas. Erfreulicherweise gab es zu beiden Ausgaben Kurzrezensionen und Hinweise in diversen Zeitungen und Veröffentlichungen.

Nach langen Diskussionen im Vorstand und im Arbeitsausschuss haben wir uns dennoch entschieden, die Jahrbuchherausgabe nach 23 Ausgaben einzustellen.

Die Gründe sind zahlreich, wenige seien angeführt: Unsere Erwartungen, über das abgespeckte Jahrbuchkonzept und die Verlagsherausgabe wieder mehr Jahrbücher verkaufen und darüber auch den komiteelichen Bekanntheitsgrad ausweiten zu können, sind nicht erfüllt worden. Auch innerhalb des komiteelichen Sympathisanten- und Unterstützerkreises trifft das Jahrbuch auf kein allzu großes Leseinteresse mehr. Damit erfüllt es auch nicht mehr die Funktion der politischen Kommunikation nach innen. Darüber hinaus sollte mit dem Jahrbuch im öffentlichen Raum der menschenrechtliche Ansatz des Komitees als Position sichtbar werden. Auch das ist uns mit der Herausgabe des Jahrbuchs im Verlag nur sehr begrenzt gelungen. Insofern stellte sich uns die Frage, ob der nicht geringe finanzielle und personelle Aufwand, den wir für die Herausgabe des Jahrbuchs betreiben, im Rahmen unserer kleinen Organisation tatsächlich noch lohnt.

Wir haben die Frage letztlich verneint. Wir werden auch weiterhin zu den in den Jahrbüchern behandelten Themen Veröffentlichungen herausgeben.

## **Frühjahrsklausur: 60 Jahre Grundgesetz und der Kampf um Verfassung**

Schon lange vor den herrschenden Feierlichkeiten anlässlich 60 Jahre Grundgesetz im Mai 2009 entwickelte sich in den Komiteegremien die Absicht, diese mit einer kritischen Stellungnahme oder einer kritischen Publikation sowie einer kleineren Veranstaltung/Aktion zu begleiten. Nach längeren internen Diskussionen, wie ein kritischer Gegenpol zu den regierungsamtlichen Jubelfeiern inhaltlich und formal beschaffen sein müsste, luden wir schließlich zu einer Frühjahrsklausur (Arbeitsausschuss) am 16. und 17. Mai 2009 nach Berlin ein. Aus einer inhaltlich gut vorbereiteten und konstruktiv geführten Debatte entstand eine vierseitige Erklärung des Komitees (60 Jahre Grundgesetz 1949 - 2009 – kein Grund zum Feiern! Die herkömmlichen Formeln und Formen von Politik und Ökonomie sind verbraucht.), die wir verbreitet haben und die in einigen kleineren Zeitungen nachgedruckt wurde. Den Einführungstext der Klausur von Wolf-Dieter Narr „Das würdige Grundgesetz und seine Fäulnis: – 60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland –“ haben wir in einer im Lichte der anregenden Diskussion redaktionell bearbeiteten Fassung allen Interessierten als Ausdruck angeboten (Informationen 4-5/2009) und als download auf die Homepage des Komitees gestellt.

## **Projekt gegen die elektronische Gesundheitskarte (eGK)**

Seit Herbst 2005 existiert die Arbeitsgruppe „Gesundheit“, die gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte argumentiert und mobilisiert. Diese Kritik haben wir immer mit der Kritik am Aufbau des Gesundheitssystems verbunden. Die AG trifft sich regelmäßig in Hannover. Beteiligt sind Ärzte, Datenschützer, Bürgerrechtler und Fachleute aus den Bereichen alternativer Medizin. Sie wird koordiniert und begleitet von Elke Steven.

Im Frühjahr 2008 konnten wir dem Bundesgesundheitsministerium nach einer Pressekonferenz gemeinsam mit IPPNW 8.500 Unterschriften gegen die eGK überreichen. Wir hatten Unterschriften unter den Aufruf „Wir sagen Nein! – Die eGK: Das große Gesundheitsversprechen und seine große Täuschung“ gesammelt. Der Ankündigung, die eGK Ende 2008 einzuführen, begegneten wir mit dem Aufruf, aus Protest gegen diese Entwicklung die Abgabe der Fotos für die neue Karte zu verweigern. Ab Sommer 2008 verbreiteten wir den Aufruf „Nein zum Umbau des Gesundheitssystems zu einem Kontrollsystem“. Dieser Aufruf wurde auch in der Zeitschrift „Der Gesundheitsberater“ (10.000er Auflage), in „Rote Hilfe“, 4/2008 und in der Fibromyalgie-Zeitschrift der Selbsthilfegruppe Hamburg veröffentlicht.

In diesem Ansinnen ist uns inzwischen das Bündnis „Stoppt-die-E-Card“ gefolgt, das seit Herbst 2009 ebenfalls dazu aufruft. Nur sind die Krankenkassen noch bei weitem nicht so massiv in ihren Forderungen nach dem Foto aufgetreten, wie wir es erwartet hatten. Die vielen Verzögerungen und die hohen Kosten für die Kassen haben insgesamt zu einer verlangsamten Entwicklung geführt. Soweit wir wissen, haben Kassen allenfalls verbal Druck ausgeübt und Warnungen vor den Problemen ohne gültige Karte ausgesprochen. Inzwischen ist aber deutlich, dass sie keine juristischen Möglich-

keiten haben, die Fotos einzufordern. Das ist verschiedentlich auch von ihnen selbst so gewertet worden. Zu den von uns erwarteten - oder zumindest nicht ausgeschlossenen - Klagen ist es deshalb bisher nicht gekommen. Eine Anwältin hat inzwischen einen Musterwiderspruch und eine Musterklage beim Sozialgericht erarbeitet, die auch von uns verbreitet wird. Juristischen Feinheiten entsprechend geht es dabei dann nur um die nicht vorhandene Ausweisfunktion des Fotos. Fragen um die Aufgabe der eGK, um Datenspeicherung und Umbau des Gesundheitssystems müssen in diesen Widersprüchen unter den Tisch fallen.

Im Herbst 2008 erhielten wir die Zusage, dass die Stiftung bridge unser Projekt ein Jahr lang mit insgesamt 10.000 Euro fördern würde. Diese finanzielle Zusage erleichterte uns die Konzentration auf dieses langwierige Projekt im Jahr 2009.

Allerdings verzögerte sich die Entwicklung der elektronischen Gesundheitskarte erneut. Der Protest der Ärzte und ihre Weigerung, die neuen Lesegeräte anzuschaffen, behinderten den Beginn der Ausgabe in der Region Nordrhein im vierten Quartal 2009 ebenso wie technische Probleme. Aus dem angekündigten „Rollout“ in der „Durchstichregion“ Nordrhein im vierten Quartal 2009 ist ein erneuter medialer Einstieg ins Symbolische geworden. Nun wirbeln die Nachrichten aufgrund des neuen freidemokratischen Gesundheitsministers nur so durcheinander. Denn die FDP hatte vor den Wahlen erklärt, sie fordere ein Moratorium zur Überprüfung des Projekts. Ein Ende der Auseinandersetzungen um die eGK ist jedenfalls nicht abzusehen.

Wir sind in dem Konzert der KritikerInnen eine deutlich wahrnehmbare Stimme der Bürger-PatientInnen. Dies machte deutlich, dass nicht nur die Ärzte – in den letzten drei Jahren haben sich alle drei Ärztetage gegen das Projekt ausgesprochen - Kritik an den neuen elektronischen Speicherungs- und Überprüfungsmöglichkeiten haben. Vor allem Wolfgang Linder und Elke Steven konnten Aufsätze in Zeitschriften veröffentlichen, (z. B. gen-ethischer Informationsdienst), wurden in Artikeln zitiert (z. B. Der Spiegel, 52/2008), zu Veranstaltungen (z. B. verdi Hessen; Seminar für angewandte Unsicherheit (Berlin)) eingeladen, fürs Radio (z. B. SWR, WDR) interviewt und nahmen an Diskussionen teil (Hallo Ü-Wagen).

In unseren INFORMATIONEN haben wir regelmäßig berichtet und an Interessierte aktuell Infos per Email verschickt. Zur Anhörung des Gesundheitsausschusses zur elektronischen Gesundheitskarte haben wir eine eigene Stellungnahme erarbeitet. Zur nordrhein-westfälischen Forderung der Krankenkassen nach einem ministeriellen Diskussionsverbot um die eGK haben wir uns öffentlich geäußert.

Immer wieder haben sich Leute bei uns gemeldet, die Fragen hatten, die wissen wollten, wie sie mit den Aufforderungen, ihre Fotos abzugeben, umgehen könnten. Eine Menge Einzelgespräche waren notwendig, da keine große Offensive der Kartenausgabe erfolgte.

Sicherlich konnten wir zu einem neuen Bewusstsein im Umgang mit persönlichen Daten beitragen. Im Kontext mit anderen Warnungen vor Datenspeicherungen - z.B. der Bewegung um die Aktion „Freiheit statt Angst“ -, im Kontext der Veröffentlichung von Datenkandalen - insbesondere wurde Anfang 2009 öffentlich, in welchem Maße Betriebe die Krankheitsdaten ihrer Angestellten gespeichert und ausgewertet haben - wurde die Sensibilität erhöht. Aber die Ängste, dass Daten im Krankheitsfall nicht verfügbar sind, bzw. die Hoffnung, dass lebensrettende Maßnahmen durch zentrale Speicherungen möglich werden, sind ebenfalls ernst zu nehmen. Zu befürchten ist, dass mit oder

ohne eGK neue Datensammlungen entstehen werden und der Umbau des Gesundheitssystems zu einem neoliberalen Kontrollsystem voranschreiten wird.

Die Komplexität des Gesundheitssystems macht Aufklärung, macht vor allem eine Diskussion über „ein anderes Gesundheitssystem“ schwierig. Unseren Plan, zum Thema eines menschenrechtlich-demokratischen Gesundheitssystems ein Buch und eine Broschüre herauszugeben, haben wir noch nicht verwirklichen können – nicht zuletzt aus Gründen der Konzentration auf die sich verändernden aktuellen Fragestellungen. Mehrmals haben wir jedoch über Teile des entstehenden Buches in der AG diskutiert. Genau diese Verknüpfung der Kritik der eGK mit grundlegenden Fragestellungen ist der Grund, weshalb wir von verschiedenen Seiten immer wieder angesprochen und eingeladen wurden. Wahrgenommen wird, dass es uns um eine demokratisch-menschenrechtliche Kritik am Gesundheitssystem geht, um eine Kritik an einer Entwicklung, für die die eGK steht.

Wir arbeiten locker im Bündnis „Stoppt-die-E-Card“ mit, das sich meist in Hamburg trifft. Beteiligt sind hier diverse Ärzteorganisationen, Informatiker, Patientenorganisationen.

## **Zum friedenspolitischen Engagement des Komitees**

Im Mittelpunkt des friedenspolitischen Engagements des Komitees in den Jahren 2008/2009 standen der fortgesetzte Krieg der NATO (ISAF) und der US-geführten Koalition von Willigen (Operation Enduring Freedom, OEF) in Afghanistan sowie die NATO-Gipfelkonferenz im April 2009 in Strassbourg. Andreas Buro und Martin Singe koordinieren die friedenspolitische Arbeit des Komitees. Das Komitee ist vertreten in verschiedenen Netzwerken und Kooperationen der Friedensbewegung und arbeitet in diesen aktiv mit. Dazu gehören u.a. das Netzwerk Friedenskooperative, die Kooperation für den Frieden, die Kampagne „Atomwaffen abschaffen“, das Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen und die Zentralstelle für KD.V. Andreas Buro arbeitet im Dialogkreis koordinierend an einer politischen Lösung des Türkei-Kurdistan-Problems. Martin Singe vertritt das Komitee auch in der Redaktion der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift der Friedensbewegung „FriedensForum“. Dem friedenspolitischen Sprecher des Komitees, Andreas Buro, konnte das Komitee im August 2008 zu seinem 80. Geburtstag gratulieren. Andreas Buro erhielt am Antikriegstag 2008 (1.9.) den Aachener Friedenspreis verliehen. Im Folgenden stellen wir einige Schwerpunkte der komiteelichen Friedenspolitik der letzten beiden Jahre heraus.

In den INFORMATIONEN 2/2008 veröffentlichten wir einen Verweigerungs-Aufruf an die Soldatinnen und Soldaten der Panzerbrigade 21 (Augustdorf), die ab Juli 2008 in Afghanistan als Quick-Reaktion Force (QRF) eingesetzt werden sollten. Mit dem Einsatz der QRF hat die Bundesrepublik einen weiteren Schritt in die direkte Kriegsbeteiligung vollzogen und damit zur stärkeren Vermischung der anfangs noch getrennten Militär-Einsätze von OEF und ISAF beigetragen. Seit dem Einsatz der QRF ist Deutschland auch an direkten Kriegseinsätzen zur Aufstands-bekämpfung intensiver und direkt beteiligt. Die Taschenkarte der Bundeswehrsoldaten wurde überarbeitet, um weitgehendere Kompetenzen zum Töten von Gegnern zu erteilen. Der US-Verteidigungsminister Gates sprach auf der Münchener Sicherheitskonferenz – unbeeindruckt von der bundesdeutschen Debatte um die Verwendung des Kriegsbegriffes - davon, dass es sich bei dem Krieg in Afghanistan um den „ersten Bodenkrieg in der Geschichte der NATO“ handle.

Der Text des Komitee-Verweigerungsaufrufs an die Soldaten/innen wurde am 24. Mai 2008 in einer großen Anzeige in der Lippischen Landeszeitung / Lokalteil Augustdorf veröffentlicht. Der Aufruf war in relativ kurzer Frist von über 250 Einzelpersonen und Organisationen unterzeichnet worden. Nach einer ausführlichen Prüfung des Textes durch die juristische Abteilung der Lippischen Landeszeitung wurde die Veröffentlichung möglich. Bei mehreren Aktionen vor der Kaserne in Augustdorf und bei einer Demonstration während der Verabschiedung der QRF-Truppen haben wir die Aufrufe als Flugblätter verteilt. Dadurch wurden Diskussionen mit uns und unter den Soldaten ausgelöst.

Mit den INFORMATIONEN 5/2008 hat das Komitee an seinen Großverteiler ein von Andreas Buro verfasstes Dossier zur Afghanistan-Politik verschickt, in dem vor allem Alternativen zur kriegerischen Politik aufgezeigt werden. Dieses Dossier wird derzeit in überarbeiteter Form neu aufgelegt.

Das Komitee hat im Rahmen der Kampagne „Atomwaffen abschaffen“ zur Großdemonstration am 30.8.2008 nach Büchel/Eifel aufgerufen. Hier lagern die letzten US-Atomwaffen in der Bundesrepublik. Es geht politisch nicht nur um den Abzug dieser Waffen, sondern um die Aufkündigung der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik in der NATO und damit um ein Aufbrechen der Nuklearplanung der NATO insgesamt. Die inzwischen in der Öffentlichkeit breit diskutierten Vorschläge für einen reinen Abzug der Atomsprenköpfe aus Büchel bleiben hinter diesen zentralen Forderungen noch weit zurück. Außerdem richtet sich die Kritik der Friedensbewegung gegen neue Nachrüstungen, über die bislang kaum jemand spricht: in Büchel soll der neue Marschflugkörper Taurus stationiert werden. Ostern 2010 wird es in Büchel voraussichtlich eine erneute Großaktion der Friedensbewegung im Rahmen eines europaweiten Aktionstages gegen Atomwaffen geben. Diese Aktionen sollen auf die NPT(Non-Proliferation-Treaty; Atomwaffen-sperrvertrag)-Verhandlungen im Mai 2010 Druck ausüben.

Zu Beginn des Jahres 2009 hat das Komitee eine von Andreas Buro und Martin Singe verfasste neue BürgerInnen-Information mit dem Titel „60 Jahre NATO – 60 Jahre Friedlosigkeit: Weiter so?“ herausgegeben. Diese Broschüre kritisiert die aktuelle NATO-Politik und ihre Strategieentwicklung in Richtung weltweiter Militäreinsätze zur Durchsetzung westlicher Interessen. Zugleich werden Alternativen der Friedensbewegung vorgestellt. Die Broschüre sollte auch auf die geplanten Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg am 3./4. April 2009 hinweisen und dazu mobilisieren. Auch das Komitee hatte zu den gewaltfreien Aktionen und zur Großdemonstration aufgerufen. Das Demonstrationsrecht wurde anlässlich des NATO-Gipfels in schwerwiegender Weise beschnitten. Die französische Polizei hatte ein Großaufgebot an Gewaltmitteln bereitgestellt und setzte diese auch ein. Dennoch gelang es, gewaltfreie Sitzblockaden auf den Zufahrtswegen zur Konferenz durchzusetzen. Das Komitee hatte mit anderen aus dem Organisationskreis eine eigene Bezugsgruppe für die Blockadeaktion gebildet. Über die Probleme der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einem Teil der Demonstrierenden wurde ausführlich in unseren INFORMATIONEN nach dem Gipfel berichtet.

Das Komitee war auch auf einer internationalen Vorbereitungskonferenz für die Aktionen in Strasbourg sowie an zwei Auswertungs- bzw. Perspektivkonferenzen in Berlin beteiligt. Eine Kampagne zur Delegitimierung der NATO-Politik wird geplant. Sie soll breit angelegt werden und verschiedene politische und aktionsorientierte Elemente umfassen. Dabei wird die Entwicklung der neuen NATO-Global-Strategie, die nun beim Gipfel in Portugal 2010 verabschiedet

werden soll, im Mittelpunkt der Kritik stehen. Weiterer Schwerpunkt bleibt die Kritik des Afghanistankrieges und die Arbeit für einen Abzug der Bundeswehr. Anlässlich der Mandatsverlängerung durch den Bundestag Anfang Dezember 2009 sind vielfältige vor allem dezentrale Aktivitäten geplant; nach der Mandatsverlängerung soll die Kampagne gegen den Krieg über das Medium einer bundesweiten Petition zum Truppenabzug fortgesetzt werden. Das „FriedensForum“ 6/2009 erscheint im November mit dem Themenschwerpunkt Afghanistan.

Ein erfreuliches Ereignis soll nicht unerwähnt bleiben: Die Friedensbewegung hat einen großen Erfolg zu verbuchen: Die FREIE HEIDE ist frei! Die Bürgerinitiativen die vor Ort mit überregionaler Unterstützung seit 16 Jahren gekämpft haben, haben gewonnen. Die Bundeswehr beugt sich dem Widerstand und den erstrittenen juristischen Urteilen. Auf der FREIEN HEIDE wird kein Bombenabwurfplatz eingerichtet. Ob die Bundeswehr den Platz anders nutzen will, ist noch strittig – so geht der Kampf weiter. Und die konkreten Manöver zur Aufstandsbekämpfung in Afghanistan werden vor allem in der Colbitz-Letzlinger Heide geführt. Dagegen gilt es die Initiative OFFENE HEIDE zu unterstützen. Das Komitee hatte mit einer Tagung vor Ort im Jahre 1996 die Aktionen der FREIEN HEIDE unterstützt und zu dem Thema Bombodrom eine eigene BürgerInnen-Information (2 Auflagen mit insgesamt 17.000 Exemplaren) herausgegeben.

## **Projekt „Ferien vom Krieg“**

Die Aktion „Ferien vom Krieg“ wurde im sechzehnten Jahr erfolgreich weitergeführt. Sie zeigt bei weit über 22.000 TeilnehmerInnen aus Krisen- und Kriegsgebieten (im gesamten Projektzeitraum) beispielhaft, wie zivile Konfliktbearbeitung von unten aussehen kann. Zwar sind die gemeinsamen Ferien von jungen Menschen beider Kriegsparteien als solche schon von friedenspolitischer Bedeutung, darüber hinaus wurde in den letzten Jahren das Konzept in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnerorganisationen weiter entwickelt. Inhaltlich stehen in den Workshops die Mechanismen der Gewalteskalation und die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen im Vordergrund. Die meisten der Moderatoren arbeiten mit den Methoden der Friedenspädagogik und Mediation. In der jährlich erscheinenden Broschüre werden die schwierigen Prozesse aus verschiedenen Perspektiven anschaulich beschrieben. Auf einer DVD berichten TeilnehmerInnen darüber, wie wichtig und einmalig diese Begegnungen für sie sind.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten bei den Freizeiten im ehemaligen Jugoslawien auch die Folgetreffen der Gruppen, die bei wechselseitigen Besuchen sogar in den Familien „der Anderen“ zu Gast waren, was in der örtlichen Presse mit Erstaunen vermerkt wurde.

Fast alle TeilnehmerInnen aus Israel und Palästina sind nach den aufwühlenden Begegnungen in Deutschland fest entschlossen, weiter in Kontakt zu bleiben, selbst wenn sie von ihrem sozialen Umfeld deshalb angegriffen werden. Das ist allerdings schwierig, weil das israelische Militär beiden Seiten verbietet, das Territorium der Anderen zu betreten. Es gibt nur sehr wenige Orte, wo solche Treffen möglich sind - und das kostet zusätzlich Geld. Dennoch soll in Zukunft die Zusammenarbeit beim „Friedensprozess von unten“ mehr Unterstützung vor Ort erhalten. Dafür sollen Anträge an Stiftungen usw. gestellt werden und auch die Dotierung eines für 2010 in Aussicht gestellten Preises verwendet werden.

Der Erfolg von Friedensprojekten ist kaum messbar. Doch die Tatsache, dass fast 22.000 Kinder und Jugendliche aus verfeindeten Gebieten die Erfahrung weiter tragen: „Wir können miteinander

der leben!“, hat sicher eine große Wirkung auf ihr soziales Umfeld. Wir erfahren von den Aktivitäten vieler TeilnehmerInnen natürlich durch den persönlichen Kontakt oder von unseren Partnern, aber auch durch zufällige Begegnungen von Reisenden, durch Berichte anderer Organisationen usw.

Die Aktion „Ferien vom Krieg“ wird weiterhin von Helga Dieter koordiniert. Brigitte Klass organisiert die Gruppen in Bosnien, und während der Freizeiten tragen viele andere MitarbeiterInnen ehrenamtlich zum Gelingen der Begegnungen bei. Die Basis dieses Erfolgs sind die jährlich ca. 2.000 UnterstützerInnen der „Ferien vom Krieg“ mit einem Spendenaufkommen von über 350.000 Euro - und das seit 16 Jahren!

## **Komitee-Arbeitsgruppe Strafvollzug**

Im Mittelpunkt der Arbeit der Komitee-AG zum Strafvollzug standen 2008 und 2009 die Vorbereitung, Organisation und Dokumentation einer öffentlichen Anhörung zu Gefängnispolitik und Knastalltag mit dem Titel „Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland“ (Bonn, 19.-21.9.2008). Zwei Tage lang diskutierte ein interessiertes Publikum (ca. 65 Beteiligte) mit zahlreichen Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis intensiv über die Entwicklungen der aktuellen Kriminalpolitik und die Situation in den deutschen Gefängnissen.

Im Rahmen der Tagung wurden vor allem die bedenklichen Entwicklungen im Strafvollzug diskutiert, die durch die Föderalismusreform teilweise verschärft werden. In der Strafgesetzgebung haben „Strafrahmen-Harmonisierungen“ generell zu Strafverschärfungen, also Heraufsetzungen der zeitlichen Strafindrohungen geführt. In der Entwicklung der Sicherungsverwahrung bedeutet vor allem die neue Form der „Nachträglichen Sicherungsverwahrung“, dass diese Strafform ihr Unwesen bereits vorab – als ständig drohendes Damoklesschwert - im Strafvollzug selbst treibt. Der „Angriff auf die Lockerungen“ hat schon vor der Föderalisierung des Strafvollzuges eingesetzt. Die Bestrafung durch Einschließung ist weiterhin die Regel, sie stellt über den Freiheitsentzug hinaus die Zufügung eines Übels dar. Mehr Inhaftierte müssen die verhängte Strafe voll verbüßen (starker Rückgang der Entlassungen zum 2/3-Zeitpunkt). Tendenzen zu dauerhafter Inhaftierung nehmen zu (Sicherungsverwahrung), Überbelegungen sind noch lange nicht abgeschafft. Eine bedeutende Rolle kommt den Ermessens- und Beurteilungsspielräumen der Strafvollzugsbehörden zu. Konkret muss daher auch der Kampf um Mindeststandards im Strafvollzug geführt werden, also z.B. um Besuchsregelungen, Freistunden, Zellengröße, Personal-Relationen usw. Die Beschwerdemöglichkeiten von Gefangenen sind zu stärken, vor allem kann die sog. Renitenz von Justizvollzugsbehörden gegen gerichtliche Anordnungen nicht hingenommen werden.

Die besondere Situation von Frauen im Gefängnis wurde von Gabriele Scheffler von der Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe, Bonn, thematisiert. Unter 5% der Gefangenen sind Frauen, konkret etwa 4.000 Personen. Die Hälfte davon sitze wegen Eigentumsdelikten. Ein hoher Anteil mit Drogenproblematik sei zu verzeichnen. Etwa 90% der betroffenen Frauen habe selbst Erfahrungen als Opfer gemacht. Ein besonderes Problem sei die Situation von Müttern im Gefängnis. 2/3 der inhaftierten Frauen haben Kinder im Kleinkinderalter; es gebe 60 Geburten pro Jahr im Gefängnis. Frauen erlebten ihre Verurteilung zur Freiheitsstrafe psychisch als dreifaches Versagen gegenüber gesellschaftlichen Rollenerwartungen: neben der Stigmatisierung als Verbre-



cher hätten sie auch in der Frauen- und Mutterrolle versagt. Im März 2008 wurde im EU-Parlament eine Richtlinie zum Frauenvollzug verabschiedet, die das Kindesinteresse in den Mittelpunkt rückt. Unter dieser Perspektive müsse der Frauenvollzug neu überdacht werden.

Wolf-Dieter Narr unterstrich auf der Tagung, dass die Machtungleichgewichte und die weiten Ermessensspielräume der Vollzugsverwaltung den institutionellen Rahmen des Gefängnisses bestimmen. Menschenrechte – verstanden als Ausdruck menschlicher Grundbedürfnisse - und die Gewaltverhältnisse der Freiheitsstrafe widersprüchen einander prinzipiell. Darum solle man sich die Utopie des Abolitionismus' bewahren, damit die Kriterien der eigenen Beobachtungen und Wertungen nicht verloren gingen.

Die AG Strafvollzug wird in ihrer weiteren Arbeit auch die Auswirkungen der Exklusions-Mechanismen des Strafvollzuges unter die Lupe zu nehmen. Diese reichen vom Ausschluss der Gefangenen aus den Sozialsystemen wie Renten- und Krankenversicherung bis hin zu den Entfernungen der JVA's zum bisherigen sozialen Umfeld der Gefangenen. Schuldenlasten und Wohnraumverlust sind alltägliche Probleme nach der Entlassung. Außerdem wollen wir am Thema „nationale Kontrollmechanismen bei freiheitsentziehenden Maßnahmen“ weiterarbeiten.

Im Grundrechte-Report 2009 erschien ein Aufsatz von Martin Singe über einen Langzeitgefangenen, mit dem das Komitee seit Jahren in Verbindung steht. Seine Entlassung wird nach 32 Haftjahren durch die Vollzugsbehörden – gegen gutachterliche Stellungnahmen – sabotiert. Er hatte u.a. von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht und den Strafvollzug in Hessen drastisch kritisiert.

Die AG hat eine Gruppe von Studierenden beraten und unterstützt, die in Frankfurt eine Veranstaltungsreihe zum Thema Strafvollzug durchgeführt hat. Außerdem stehen wir mit einem Gefängnis-Filmprojekt in Köln in Kontakt.

Die Arbeit der Gefangenenbetreuung im Komitee wurde im Berichtszeitraum von Sonja Vack auf Christian Herrgesell übertragen, der einen eigenen Bericht zu seinem Arbeitsfeld vorlegt. Sonja Vack sei auch an dieser Stelle noch einmal herzlich für ihre intensive und langjährige Arbeit in diesem Bereich gedankt. Ebenso gilt ein großes Dankeschön Christian Herrgesell für seine engagierte Übernahme dieser oft komplizierten und herausfordernden Aufgabe.

Die Arbeitsgruppe Strafvollzug, die von Martin Singe koordiniert wird, hat gegenwärtig ein breites Spektrum von zu bearbeitenden Aufgaben. Leider schafft sie es nicht in gewünschtem Maße, der Fülle der Anforderungen gerecht zu werden, die sie sich selbst vornimmt bzw. die durch die harte Gefängnisrealität von außen vorgegeben werden. Mit der gelungenen Tagung „Haftbedingungen“ und ihrer Dokumentation hat die AG aber wieder einen deutlichen Akzent in der strafpolitischen Diskussion gesetzt. Die Dokumentations-Broschüre erfreut sich relativ hoher Nachfrage.

Auch im Jahr 2008 und 2009 konnten wir wieder jeweils 300 bis 350 individuelle Bücherwünsche von Gefangenen und inhaftierten Patienten erfüllen und ihnen die Bücher in die Anstalten hinein zusenden. Bücher, gleich ob Belletristik oder Ratgeber, sind für sie ein Fenster in die „Freiheit“. Diese Bücherwünsche von Gefangenen werden aus Spendenmitteln des Komitees finanziert.

## Demonstrationsrecht und Innere Sicherheit

Unsere Demonstrationsbeobachtungen während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm führten, neben der Buchveröffentlichung im Eigenverlag, zu Veröffentlichungen in weiteren Büchern, die es uns ermöglichten unsere Perspektive in diese Kontexte einzubringen. So veröffentlichten wir einen Aufsatz im Buch „Feindbild Demonstrant. Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation - Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes“, das vom Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein und dem Legal Team 2008 herausgegeben wurde. Des weiteren erschien ein Aufsatz in dem Buch „Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Protteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien“ von Dieter Rucht und Simon Teune, das im Campus Verlag herausgegeben wurde.

Politische und polizeiliche Versuche, das demokratisch fundamentale Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, beschäftigen uns immer wieder. Im Jahr 2008 haben wir das kurz vor den Wahlen in Bayern nur mit den Stimmen der CSU verabschiedete bayerische Versammlungsgesetz scharf kritisiert. In Presseinformationen, wie auch in diversen Artikeln in Zeitschriften und Büchern haben wir unsere Kritik begründet. Dieses grundgesetzwidrige bayerische Gesetz wurde schnell vom Land Baden-Württemberg kopiert, schaffte es dort jedoch nur bis zur Diskussionsvorlage. Eine Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts stoppte alle weiteren Entwicklungen in diese Richtung auch in den anderen Bundesländern. Das BVerfG kam zu dem Schluss, dass das bayerische Gesetz in Teilen rechtswidrig sei, eine endgültige Entscheidung und Begründung steht noch aus.

Während des AntiRa- und Klimacamps im August 2008 in Hamburg konnte eine kleine Gruppe des Grundrechtekomitees die Vorgänge beobachten und in einem Brief an den Innenausschuss des Hamburger Senats über die systematische Verletzung der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch Politik und Polizei berichten.

Im November 2009 beobachtete eine Gruppe die Silvio-Meier-Demonstration in Berlin. Vorausgehende Presseinformation und Ankündigung der Beobachtung stießen auf großes Interesse. Die öffentliche Aufmerksamkeit erleichterte sicherlich die Möglichkeit, die Demonstration einigermaßen selbstbewusst und ohne allzu große Einschränkungen gestalten zu können.

Im Kontext unseres Einsatzes für das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurden wir immer wieder zu Vorträgen und Diskussionen eingeladen, so z.B. nach Bern zu einer Veranstaltung anlässlich der Fußball-Europameisterschaft, auf der wir über unsere Erfahrungen bei der Fußball-Weltmeisterschaft berichten konnten. Hieraus entstand auch eine Veröffentlichung der Grundrechte-Organisation der Schweiz. Ein Vortrag in Berlin führte zu einer Vortragsreise in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Elke Steven über die Geschichte des 60-jährigen Grundgesetzes, die notwendige Kritik an den bundesrepublikanischen Entwicklungen und die Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sprechen und diskutieren konnte.

Das Thema des Demonstrationsrechts ist eng verzahnt mit all den anderen Entwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Diesen Themenkomplex betreut inhaltlich vor allem Heiner Busch.

Im Januar 2008 haben wir zur Demonstration gegen den Europäischen Polizeikongress in Berlin aufgerufen und dies ausführlich begründet. Gegen die grundrechtswidrigen Auflagen für diese Demonstration haben wir in einem Offenen Brief an den Innensenator Dr. Ehrhart Körting argumentiert.

Da Überwachung und Datensammlung zunehmend europäisch organisiert und verrechtlicht werden, ist sowohl die europäische Vernetzung der KritikerInnen und linker Organisationen geboten wie die kritische Vermittlung dieser Entwicklungen in die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Das Grundrecht-Komitee ist Gründungsmitglied im European Civil Liberties Network (ecln). Im Frühjahr 2009 beteiligten wir uns an der Kritik dieses „Europäischen Bürgerrechtsnetzwerks“ am neuen Fünfjahresplan der EU zur Justiz- und Innenpolitik und veröffentlichten den Aufruf in deutscher Sprache. Im Oktober 2009 organisierten wir im nächsten Schritt eine Veranstaltung zum rapide wachsenden Datenaustausch in EU-Europa. Der neue Fünfjahresplan europäischer Innenpolitik, der im Dezember in Stockholm beschlossen werden soll, soll die geheimdienstlichen Kooperationen und die Vermischung der Aufgaben von Polizei und Militär ausweiten. Fünf weitere bundesdeutsche Organisationen konnten wir als Mitveranstalter gewinnen.

Mit dieser Veranstaltung startete zugleich eine Kampagne gegen die massenhafte Speicherung von Personendaten durch europäische Polizeibehörden. Mit dem Aufruf „Nimm dir dein Recht im Europa der Polizeien, hol dir deine Daten zurück!“ wird zu „Auskunftsersuchen“ in polizeilichen Datenbanken ermuntert, darunter dem Schengener Informationssystem SIS, den Computersystemen des europäischen Polizeiamtes EUROPOL oder Datenbanken, die über den sogenannten „Vertrag von Prüm“ getauscht werden.

Unsere Kritik an Überwachung und dem immer neuen Aufbau von Datensammlungen, aber auch unsere Kritik an leichtfertigen Hoffnungen auf juristische Erfolge, spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht, führten zu Einladungen zu Veranstaltungen (z.B. Mitgliederversammlung des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins; Evangelische Akademie Bad Boll) wie auch zu Veröffentlichungen in Büchern und Zeitschriften, in denen wir unsere spezifische Sicht begründen konnten (z. B. Leipziger Kamera (Hrsg.): Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung, März 2009, UNRAST-Verlag; graswurzelrevolution, Februar 2008).

## **Arbeitsgruppe Flucht und Migration**

Die AG besteht aus vier bis fünf Aktiven, die sich im Jahr 2008 etwa einmal im Vierteljahr getroffen haben. Im zurückliegenden Jahr nur einmal, da wir keine überzeugende Idee für eine komiteeliche Initiative gefunden hatten. Gewöhnlich stehen wir über Email in Kontakt oder finden Gelegenheit bei Arbeitsausschusstreffen Absprachen zu treffen.

Im Frühjahr 2008 starteten wir die Sammelpetitionsinitiative für die Abschaffung des grundrechtswidrigen Asylbewerberleistungsgesetzes. In der Begründung der Petition heißt es: „Diese systematische Diskriminierung von Menschen im Namen des Rechts muss beendet werden. Sie ist mit den Menschenrechten unvereinbar, die laut Grundgesetz unmittelbar gelten. Sie verletzt die Würde der Menschen.“ Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hatte die Bundestagsabgeordneten aller Parteien über das Petitionsanliegen informiert und sie eingeladen, die Petitionsunterschriften (über 3.300) am 13. November 2008 auf den Treppen des Reichstagsgebäudes entgegenzunehmen. Ulla Jelpke (Linksfraktion) und Josef Winkler (Fraktion Bd. 90/ Die Grünen) waren der Einladung gefolgt und bekamen die Unterschriften überreicht. In der Bundestagsaussprache über das Asylbewerberleistungsgesetz vertrat Michael Heinrich (CDU/CSU) tags zuvor die altbekannte Regierungsposition, das Asylbewerberleistungsgesetz habe seinen Zweck erfolgreich erfüllt, nämlich den Asylmissbrauch einzuschränken und „unsere Sozialsysteme“ zu

entlasten. Da für die „Betroffenen“ kein „sozialer Integrationsbedarf“ bestehe, halte er es für bedenklich „Ungleiches gleich zu behandeln“ (Plenarprotokoll 16/186). Eine Antwort des Petitionsausschusses steht bis heute aus. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass eine Bundestagsmehrheit einer Abschaffung des menschenrechtswidrigen Gesetzes in dieser Legislaturperiode zustimmen wird, dürfen wir, nehmen wir die Menschenrechte ernst, über die „Demütigung per Gesetz“, die fortwährende Verletzung der Menschenwürde in Deutschland nicht schweigen. Das wird die AG auch in Zukunft tun.

Zur Erinnerung an 15 Jahre ohne Asylrecht in Deutschland riefen wir gemeinsam mit anderen Organisationen zu einer Demonstration am 5. Juli 2008 in Berlin auf, an der auch einige Komiteeaktive teilnahmen. Dazu hatte die AG einen eigenen Aufruf verfasst und verbreitet, in dem die Folgen der Grundgesetzänderung vom Mai 1993 pointiert zusammengefasst wurden: die Verrechtlichung von Ungleichheit, sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung.

Gleichzeitig veröffentlichten wir eine Bürgerinnen- und Bürgerinformation: „Wider die Gewöhnung an die Entwürdigung und Entrechtung von Menschen“, in der wir den Fragen nachgehen, welche Folgen der tiefe Einschnitt in die Verfassung für das politische System der Bundesrepublik Deutschland zeitigt und welche Folgen die Asylrechtsänderung für Asylsuchende und für das System des Flüchtlingsschutzes in Deutschland haben. Die verständlich und gut geschriebene Informationsschrift resümiert: wir sehen keine andere Möglichkeit, „als immer erneut sich mit anderen zusammenzutun und sich praktisch aufzulehnen, damit sich die Zonen minderer Humanität nicht weiter ausbreiten“.

Wolf-Dieter Narr beobachtete für das Komitee den Prozess zum Tod des Asylsuchenden Oury Jalloh in einer Dessauer Gewahrsamszelle der Polizei, der im Dezember 2008 mit einem Freispruch der angeklagten Polizeibeamten endete. Die auf Grundlage des schriftlichen Urteils verfasste Analyse „Der Prozess der Polizei“ haben wir diskutiert. Sie soll demnächst veröffentlicht werden. Aus der Prozessbeobachtung ergab sich eine enge Zusammenarbeit mit der „Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh – Break the silence“ zur Vorbereitung einer internationalen Untersuchungskommission. Die vor allem von schwarzen Migrantinnen und Migranten getragene Initiative will den weiterhin ungeklärten Tod Oury Jallohs nicht auf sich beruhen lassen. Komiteelich wollen wir sie dabei mit unseren Möglichkeiten und Mitteln solidarisch unterstützen.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie unterstützt die „save-me-Kampagne“, die unter dem Motto „ein Rettungsschirm für Flüchtlinge“ bundesweit für die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen wirbt. Es arbeitet auf Kölner Lokalebene in einem breiten Bündnis mit und ermutigte Bürgerinnen und Bürger (s. Informationen 2/2009), sich in ihren Kommunen und Städten dafür einzusetzen, dass dort ebenfalls Flüchtlinge aus dem Resettlement-Programm des UNHCR aufgenommen werden.

Die AG organisierte gemeinsam mit der Initiative „Kein Mensch ist illegal“ (Hamburg) und der „Antirassistischen Initiative“ (Berlin) am 18. Mai 2009 vor der italienischen Botschaft in Berlin eine Solidaritätsaktion für Elias Birdel und Stefan Schmidt, die im Jahr 2004 37 in Seenot geratene Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet hatten. Dafür sollten sie in Italien zu hohen Haftstrafen verurteilt werden. (Inzwischen ist ein Freispruch der beiden Angeklagten ergangen.) Gleichzeitig wandte sich das Komitee mit einem von vielen öffentlichen Persönlichkeiten getra-

genen Protestbrief an das italienische Justiz- und Innenministerium. Die Aktion fand eine gewisse Aufmerksamkeit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit.

Das für komiteeliche Verhältnisse recht erfolgreiche Jahrbuch 2009 „Jenseits der Menschenrechte – Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik“ wurde von Mitgliedern der AG konzipiert und diskutiert. Sie haben auch Beiträge für die Ausgabe verfasst (zum Jahrbuch des Komitees s. oben).

Zur Wanderausstellung „Vom Polizeigriff zum Übergriff“ ist das Komitee des öfteren zu Eröffnungsreferaten über Polizeigewalt gegen Migranten eingeladen worden (Wuppertal, Dortmund, Münster und Bonn). Eine Erstfassung des Referats hat die „Sektion Polizei“ von Amnesty international auf ihre Homepage gestellt. Mit der Untersuchung rassistischer Polizeigewalt wird sich die AG auch weiterhin beschäftigen.

## **Arbeitsgruppe soziale Menschenrechte**

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus drei bis vier Personen, hatte im Berichtszeitraum lediglich zwei, drei Mal getagt, ohne jedoch konkrete Projekte in Angriff genommen zu haben, da es uns als kleine überregionale Gruppe an geeigneten Interventionsansätzen mangelte. Viele politische Initiativen sind lokal angesiedelt. Unterstützt haben wir den Arbeitskampf einer Betriebsrätin bei IKEA und den Protest gegen die Entlassung einer KassiererIn bei Kaiser's, der man unterstellt, Pfandbons im Wert von 1,30 € entwendet zu haben. Auch sie ist eine aktive Gewerkschafterin, die zuvor einen Streik im Einzelhandel aktiv mitorganisiert hatte.

Aus der Arbeitsgruppe und dem Arbeitsausschuss heraus wurde die Jahrestagung 2009 konzipiert, die unter dem Titel „Die Weltwirtschaftskrise und die bundesdeutschen Formen, sie zu bewältigen – diesseits und jenseits ihrer Kritik“ vom 25. bis 27. September 2009 in Bonn stattfand. Mit der Tagung wollten wir einerseits über die Ursachen und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise informieren und andererseits über mögliche alternative Auswege aus der Krise debattieren. Zwischen 35 und 40 Interessierte aus dem Komiteeumfeld waren der Einladung zur Tagung gefolgt. Instruktive und interessante Referate sowie anregende Diskussionen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kennzeichneten die insgesamt gelungene Komiteetagung. Da der Vorbereitungsreader auf großes Interesse stieß, das weit über die Tagungsteilnehmer/innen hinausreichte, überlegen wir, aus einigen Tagungsbeiträgen eine aktualisierte Broschüre zur Weltwirtschaftskrise zu erstellen. Die Erklärung aus Gewerkschaftsgruppen und sozialen Bewegungen „Den Mut zu sozialen Protesten mit alternativen Konzepten kombinieren“ wird auch vom Komitee mitgetragen.

Köln, im November 2009

gez. Martin Singe, Elke Steven, Dirk Vogelskamp